

chen Risiko- und Chancenprofil in Ost und West korrespondiert.

Daniel Fuß untersucht die Einstellungen zur Immigration auf der Individual- und Kontextebene. Sowohl für die Bundesrepublik als auch für die europäischen Länder stellt Fuß eine große Heterogenität hinsichtlich der Erfahrungen des Immigrationsgeschehens fest. Eine ablehnende Haltung gegenüber Immigration ist hauptsächlich auf Individualebene zu suchen und speist sich aus den subjektiv wahrgenommenen negativen Konsequenzen, insbesondere materieller Einbußen. Diese Haltung ist in Westdeutschland vergleichsweise am niedrigsten ausgeprägt, und sie nimmt insgesamt auf europäischer Ebene seit einiger Zeit sukzessive ab.

Im Kontext der vergleichenden politischen Kulturforschung fragt *Edeltraut Roller*, inwieweit sich seit dem Fall der Mauer eine einheitliche deutsche beziehungsweise europäische Wohlfahrtsstaatskultur herausgebildet hat. Die Ergebnisse zeigen, dass die Ostdeutschen in Bezug auf die Extensität höhere Erwartungen an die Leistungen des Systems haben als die Westdeutschen, während sich für die europäische Ebene sagen lässt, dass sich keine homogene osteuropäische Wohlfahrtsstaatskultur als Pendant zur westeuropäischen herausgebildet hat.

Jan W. van Deth befasst sich mit der Unterstützung von Bürgertugenden. Er unterscheidet zwischen demokratischen und partizipatorischen Tugenden, wobei deutlich wird, dass soziales und politisches Engagement hinter der Unterstützung demokratischer Tugenden zurücksteht. Dieser Befund entspricht auch Ergebnissen der aktuellen Partizipationsforschung.

Zuletzt veranschaulicht *Stefan Weick* in seinem Beitrag die Ergebnisse der Messungen des sozialen und persönlichen Wohlbefindens auf Grundlage eines Ansatzes der Lebensqualitätsforschung. Dieser auch für Sozialpsychologen und Anhänger der Politischen Psychologie interessante Beitrag stellt den sogenannten „composite well-being-index“ ins Zentrum, mit dem sich unter Einbeziehung von mehr als 50 Items das Wohlbefinden der Deutschen im europäischen Kontext messen lässt. Es dürfte der Gliederung des Beitrags geschuldet sein, dass dem Leser nicht auf den ersten Blick deutlich wird, wodurch sich der neue Ansatz im Vergleich zu älteren (zum Beispiel Set Point Theory) auszeichnet. Gleichwohl bieten die Ergebnisse eine hohe Anschlussfähigkeit für weitere Untersuchungen.

Obwohl der von den Herausgebern verfasste Einleitungsteil einen sehr umfänglichen Überblick über die folgenden Einzelbeiträge bietet, lassen einige Dopplungen und Widersprüche (zum Beispiel zum Wahlverhalten) den Leser stolpern. Doch insbesondere vor dem Hintergrund der letzten Bundestags- sowie der bevorstehenden Europawahlen stellt der Band eine wertvolle thematische Fundgrube sowohl für Sozialwissenschaftler als auch für den interessierten Laien dar.

Sonja Clasing

Kurtz, Marcus. *Latin American State Building in Comparative Perspective. Social Foundations of Institutional Order.* Cambridge. Cambridge University Press 2013. 282 Seiten. 26,99 \$.

Latin American State Building in Comparative Perspective ist eine Kritik an

gängigen Theorien der Evolution von Staatskapazität. Warum unterscheiden sich Länder in ihrer Kapazität, staatliche Aufgaben wie Erziehung oder Katastrophenschutz wahrzunehmen? Die wissenschaftliche Literatur konzentrierte sich bislang vor allem auf zwei Faktoren: Kriege und Ressourcen. Am Beispiel der unterschiedlichen Entwicklungen von vier lateinamerikanischen Ländern zeigt *Marcus Kurtz*, dass andere Faktoren eine ebenso wichtige, wenn nicht bedeutendere Rolle spielen. Die Rolle von Kriegen kann viele der unterschiedlichen Entwicklungen lateinamerikanischer Länder nicht erklären. Für *Kurtz* ist diese Idee vor allem im europäischen Kontext geboren und anwendbar. Ebenso wenig können Unterschiede in der ursprünglichen Ressourcenausstattung erklären, warum etwa Chile ein funktionstüchtigeres Staatsgebilde als Argentinien aufweist. Vielmehr spielen nach *Kurtz* zwei andere Faktoren eine entscheidende Rolle: die Mobilität von Arbeitern im 19. Jahrhundert sowie die Frage, wann das Wahlrecht auf ärmere Einkommensschichten ausgeweitet wurde.

Der erste Faktor, die Mobilität von Arbeitern, hilft zu klären, unter welchen Umständen lokale Eliten ein Interesse daran hatten, die Zentralisierung der Staatsgewalt zu blockieren. Dort, wo Mobilität nicht möglich oder gegeben war, verfügten lokale Eliten über größere Möglichkeiten, sich einer Zentralisierung der Staatsgewalt entgegenzustemmen.

Der zweite Faktor, die Ausweitung des Wahlrechts, entschied darüber, wie schnell die Ansprüche an die Staatsgewalt wuchsen. Dies ist besonders im Verhältnis zum Entwicklungsstand der Handlungsmöglichkeiten eines Zentralstaates zu sehen. In Ländern, in de-

nen die Ausweitung des Wahlrechts relativ früh erfolgte, schlossen populistische Forderungen gewissermaßen aus dem Boden und führten zu einer Überlastung des Staatsapparates. Daraus ergaben sich die für Lateinamerika typischen Zyklen aus explosiven Umverteilungserwartungen und konservativer Gegenreaktion.

Um diese Thesen zu belegen, entwickelt *Kurtz* über mehrere historische Etappen einen paarweisen Vergleich von Peru und Chile auf der einen, und von Argentinien und Uruguay auf der anderen Seite. Der Vergleich zwischen Peru und Chile zeigt im Wesentlichen die unterschiedlichen Startvoraussetzungen, welche eine effektive Zentralisierung der Staatsgewalt in Peru bereits früh blockierten. In Peru behaupteten sich lokale Eliten und verteidigten das Gewaltmonopol über ihre Arbeiter gegenüber der Zentralregierung.

Der Vergleich zwischen Argentinien und Uruguay zeigt, wie sich ein „zu“ frühes Ausweiten des Wahlrechts auswirkte. Während in Argentinien, gerade auch wegen der starken Einwanderung aus Europa, die Mehrheit der Bevölkerung bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts wählen durfte, war dies in Uruguay erst rund 50 Jahre später der Fall. So wurde schon vor *Kurtz* die Frühphase des Wohlfahrtsstaats in Uruguay als ein Wohlfahrtsstaat ohne Arbeitnehmer beziehungsweise „von oben“ bezeichnet. Im Vergleich dazu war der (Wohlfahrts-)Staatsaufbau in Argentinien wesentlich chaotischer und von Rückschlägen gekennzeichnet. Im letzten Kapitel sucht *Kurtz* nach Möglichkeiten, das Argument auf andere Fälle, etwa Deutschland im 19. Jahrhundert, anzuwenden. Er weist darauf hin, dass es vermutlich weniger die Kriege Preußens unmittelbar als die

preußischen Reformen und vor allem die Freizügigkeit von (Land-)Arbeitern waren, die den Staatsaufbau wirklich voranbrachten.

Das Buch besticht durch eine Fülle an Details und das Zusammenziehen unterschiedlichster Literaturen. Das Forschungsdesign ist interessant, denn die Vergleiche ziehen sich über mehr als 100 Jahre. Es leistet einen wertvollen Beitrag für das Verständnis von Staatskapazität und seiner historischen Wurzeln. Insbesondere vermeidet es die Engführung dieser Diskussion auf Kriege und Ressourcen.

Etwas inkonsistent ist die Diskussion um die Messung und Konzeptualisierung von Staatskapazität. Der Autor schlägt sich auf die Seite derjenigen, die *quality of government* vor allem über die Stärke der öffentlichen Verwaltung definieren. Das scheint konsequent, erfreulich klar und unideologisch; es folgt keiner Prädisposition für eine bestimmte Art der Staatlichkeit beispielsweise im Bereich der Wirtschaftspolitik. Jedoch fällt der Autor bei der Messung dann wieder auf bereits existierende Variablen zurück, vor allem die Steuereinnahmen und -ausgaben. Es wäre interessanter gewesen, mehr Information über andere Bereiche staatlicher Organisationen zusammen zu ziehen, zum Beispiel über die Zahl und das Qualifikationsniveau staatlicher Angestellter.

Auch ist nicht immer klar, was die letzten Ursachen der beiden Hauptfaktoren sind. Beispielsweise spielen die Art der Landwirtschaft und des Kolonialismus vermutlich eine wichtige Rolle, um zu klären, wie repressiv das Arbeitsregime war. Stimmt diese These, dann sind Chile und Peru in Wirklichkeit nicht so ähnlich in ihren Ausgangsvoraussetzungen wie der Autor

behauptet. Da alle vier Länder auch unterschiedlich an Kriegen beteiligt waren, ist auch nicht ganz klar, wie solche confounding factors effektiv kontrolliert werden können.

Dennoch ist das Buch ein interessanter Beitrag zur Diskussion und keineswegs nur für Lateinamerikainteressierte zu empfehlen.

Achim Kemmerling

Semenova, Elena, Michael Edinger und Heinrich Best (Hrsg.). *Parliamentary Elites in Central and Eastern Europe. Recruitment and Representation*. London [u.a.]. Taylor & Francis 2014. 320 Seiten. 80,00 £.

Parlamentarier werden im Allgemeinen zur Funktionselite und im Besonderen zur politischen Elite eines Landes gezählt. In dieser Rolle sind sie der menschliche Anteil der sogenannten Transmissionsriemen zwischen Staat und Bevölkerung in westlichen Demokratien. Ihre Formation, also konkret Bildungs-, Religions- und ethnischer Hintergrund sowie ihre Geschlechterzugehörigkeit und ihr Alter, sind als Repräsentation der korrespondierenden Gruppe in der Gesamtbevölkerung eine tragenden Komponente in demokratischen Staaten. Veränderungen in der Zusammensetzung dieser Elite können den Output eines politischen Systems beeinflussen.

Schaut man auf die ehemaligen Staaten des Warschauer Pakts, so ist 1989/90 eine Situation entstanden, die Claus Offe zu Recht als „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ beschrieben hat. Der parallele Übergang von einer Parteidiktatur zur Demokratie, von einer Planwirtschaft zur Marktwirtschaft und von der „sozialistischen Gesetzlich-